

Wien, 28.11.2022

## Multiple Krisen – Demokratie unter Druck

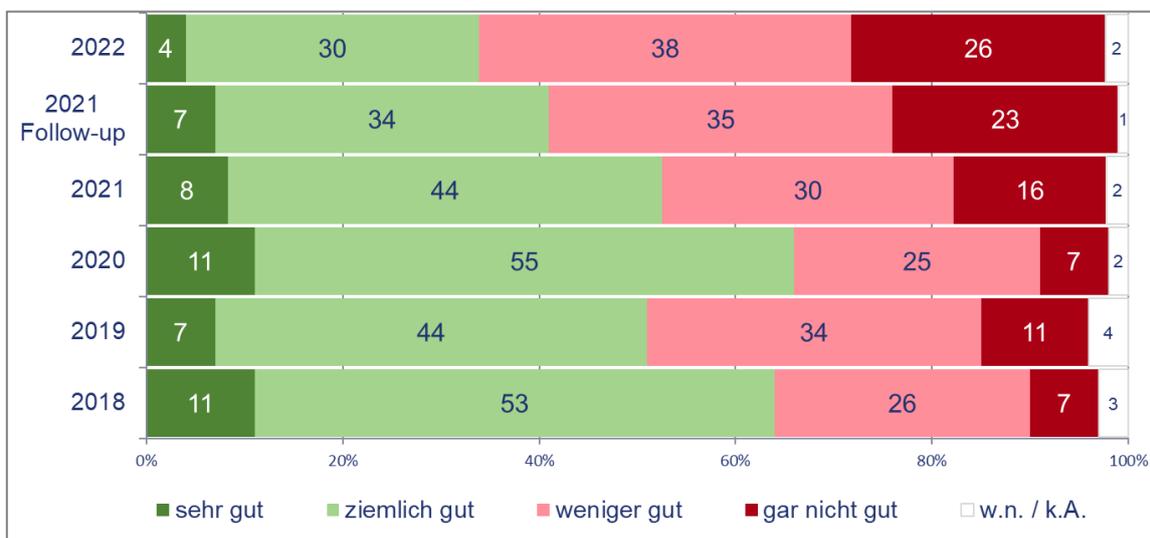
### Erste Ergebnisse Demokratie Monitor 2022

Der Klimawandel, die nach wie vor andauernde Pandemie, die Rückkehr des Krieges nach Europa, die höchste Inflation seit den 1950er Jahren, nicht enden wollende Korruptionsvorwürfe – wie es während dieser multiplen Krisen aus Sicht der Bevölkerung um die Demokratie in Österreich bestellt ist, berichtet der fünfte Demokratie Monitor. Die diesjährige repräsentative Befragung von 2.164 Menschen fand zwischen dem 7. September und dem 21. Oktober mittels Telefon- und Online-Interviews statt.

### Zufriedenheit mit dem politischen System weiter im Sinkflug

Im Jahresvergleich ist die Zufriedenheit mit dem politischen System erneut gesunken: Derzeit denken nur mehr 34% der Menschen, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Das ist der tiefste Wert seit Erhebungsbeginn 2018 – vor fünf Jahren lag die Zufriedenheit um 30 Prozentpunkte höher (64%).

**„Alles in Allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“**



## Die Vertrauenskrise ist eine Krise der Repräsentation

Auch mit dem Institutionenvertrauen ging es im Jahresvergleich weiter bergab: Der Bundesregierung vertrauen derzeit 33% (minus 9 Prozentpunkte), dem Parlament 38% (minus 8 Prozentpunkte) und dem Bundespräsidenten 53% (minus 6 Prozentpunkte).

Im Gegensatz dazu ist das Vertrauen in Justiz, Polizei und Behörden über die fünf Erhebungsjahre hinweg konstant geblieben. Der Vertrauensverlust trifft also in erster Linie die demokratisch gewählten Vertretungsorgane – das politische System ist mit einer Krise der Repräsentation konfrontiert. Diese umfasst auch die Parteien: 2018 fanden 13% der Menschen keine Partei, die ihre politischen Anliegen vertritt, inzwischen sind es 38%.

*„Vertrauen Sie folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“*

|                 | vertraue sehr / ziemlich |      |      |      |      |
|-----------------|--------------------------|------|------|------|------|
|                 | 2018                     | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
| Bundesregierung | 43%                      | 59%  | 55%  | 42%  | 33%  |
| Parlament       | 48%                      | 47%  | 54%  | 46%  | 38%  |
| Bundespräsident | 58%                      | 67%  | 63%  | 59%  | 53%  |
| Behörden        | 60%                      | 64%  | 62%  | 61%  | 58%  |
| Justiz          | 66%                      | 68%  | 67%  | 65%  | 65%  |
| Polizei         | 75%                      | 78%  | 75%  | 75%  | 77%  |

Anm.: Zeilenweise lesen; Demokratie Monitor 2018 bis 2022.

## Bei den dringendsten politischen Anliegen überwiegt die Sorge

Ein weiterer Aspekt des geringen Vertrauens in das politische System: Gerade bei den für die Menschen besonders wichtigen Themen gelingt es den politischen Akteur:innen nicht, sie in einer Art und Weise aufzugreifen, die zuversichtlich stimmt. Als ihr derzeit dringendstes politisches Anliegen nennen die meisten Menschen die Teuerung (42%), gefolgt von ökonomischer Ungleichheit (20%), dem Klimawandel (15%), dem Krieg in der Ukraine (14%) sowie Zuwanderung und Integration (13%).<sup>1</sup> In Bezug auf all diese Themen sind sie in erster Linie besorgt, zu beträchtlichen Teilen auch verärgert.

---

<sup>1</sup> „Welche politischen Anliegen sind für Sie persönlich derzeit am dringendsten?“ Diese Frage wurde offen gestellt (keine Vorgabe von Themen oder Antwortkategorien), Mehrfachantworten waren möglich.

**„Welches Gefühl haben Sie am ehesten in Bezug auf folgende Themen in Österreich?“**

|                             | <b>Zuversicht</b> | <b>Sorge</b> | <b>Ärger</b> | <b>keines davon</b> |
|-----------------------------|-------------------|--------------|--------------|---------------------|
| Teuerung                    | 4%                | 60%          | 32%          | 2%                  |
| Schere zwischen Arm & Reich | 5%                | 49%          | 33%          | 9%                  |
| Klimawandel                 | 9%                | 59%          | 18%          | 12%                 |
| Krieg in der Ukraine        | 6%                | 56%          | 27%          | 9%                  |
| Zuwanderung & Integration   | 13%               | 41%          | 32%          | 12%                 |

Anm.: Zeilenweise lesen, Rest auf 100% = w.n./k.A.; Demokratie Monitor 2022.

**Bereits vor den jüngsten Chat-Protokollen hat die Mehrheit vermutet, dass Politik und Medien unter einer Decke stecken**

Seit vielen Monaten reißt die Debatte um Chat-Affären und Korruption nicht ab. Die Erhebung zum Demokratie Monitor 2022 wurde kurz nach Bekanntwerden des Antrags auf Kronzeugenstatus von Thomas Schmid abgeschlossen – Auswirkungen der jüngsten Debatten um die Chat-Protokolle sind daher nicht abgebildet. Jedoch stimmte bereits zum Zeitpunkt der Befragung eine Mehrheit von 59% der Aussage zu, dass „Politik und Medien unter einer Decke stecken“.

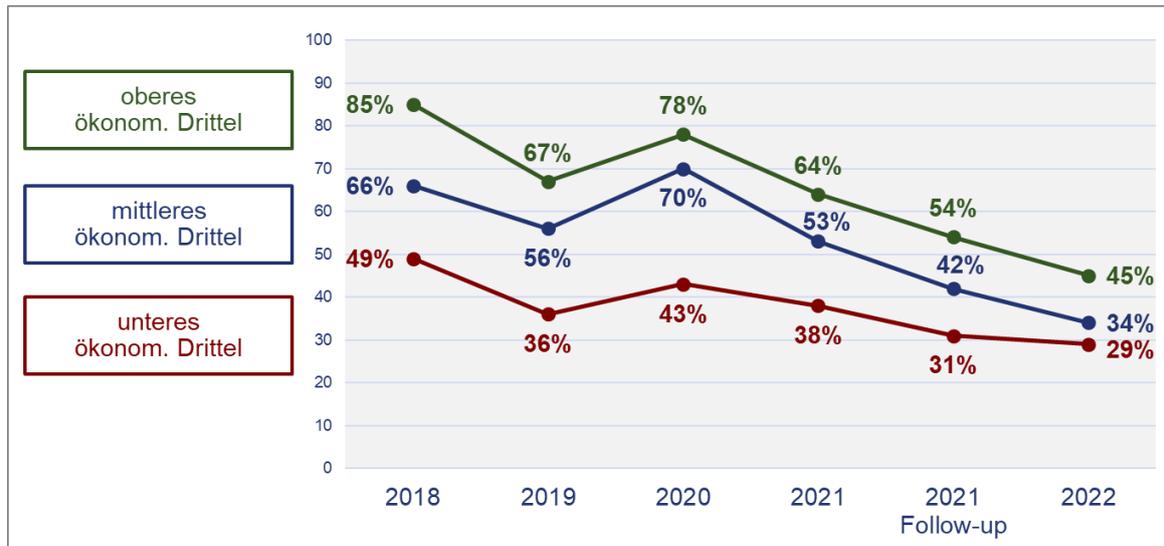
**Systemvertrauen in den mittleren & oberen Etagen der Gesellschaft eingebrochen**

Die Zufriedenheit mit dem politischen System und das Institutionenvertrauen sind in allen Bevölkerungsgruppen gesunken. Entlang der ökonomischen Lage sticht jedoch eine spezifische Entwicklung hervor: Im unteren Drittel<sup>2</sup> fällt die Zufriedenheit über alle Erhebungsjahre hinweg gering aus und schwankt auch weniger. Im Gegensatz dazu hat sich im mittleren Drittel die Zufriedenheit innerhalb der letzten fünf Jahre halbiert: Waren 2018 66% davon überzeugt, dass unser politisches System gut funktioniert, sind es derzeit nur mehr 34%. Auch im oberen Drittel ist das Ausmaß der Zufriedenheit von 85% im Jahr 2018 auf derzeit nur mehr 45% gefallen. Der massive Rückgang des Systemvertrauens ist also vor allem durch dessen Einbruch in den mittleren und oberen Etagen der Gesellschaft bedingt.

---

<sup>2</sup> Die *ökonomischen Drittel* werden auf Basis des Äquivalenzeinkommens (netto) und der Einschätzung zur finanziellen Absicherung für die Zukunft berechnet. Das *Äquivalenzeinkommen* ist der Wert, der sich aus dem Gesamteinkommen des Haushalts und der Anzahl sowie dem Alter der von diesem Einkommen lebenden Personen ergibt. Das *untere Dritte* verfügt über eine Äquivalenzeinkommen von unter 1400 Euro, das *mittlere Dritte* von unter 2000 Euro. Die *aktuelle Armutsgefährdungsschwelle* liegt bei einem Äquivalenzeinkommen von 1.371 Euro (Statistik Austria 2022).

**„Alles in Allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“ (dargestellt: sehr / ziemlich gut)**



Die ökonomische Lage ist nicht das einzige Ungleichheitsmerkmal, an dem Unterschiede im Systemvertrauen festzumachen sind. Ebenso wie für das untere Drittel funktioniert das politische System auch für Frauen, Menschen ohne Matura, arbeitslose Menschen und Arbeiter:innen sowie für Menschen am Land schlechter als in den jeweiligen Referenzgruppen.

Im Unterschied zur genannten Entwicklung entlang der ökonomischen Lage bleibt der Spalt zwischen diesen Gruppen über die Zeit hinweg jedoch weitgehend konstant – so liegt beispielsweise das Ausmaß der Zufriedenheit mit dem politischen System bei den Frauen jedes Jahr um rund 10 Prozentpunkte unter jenem der Männer.

**„Alles in Allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“**

|                 | sehr / ziemlich gut |                        | sehr / ziemlich gut |
|-----------------|---------------------|------------------------|---------------------|
| Männer          | 39%                 | Stadt                  | 38%                 |
| Frauen          | 30%                 | Land                   | 32%                 |
| Universität     | 49%                 | Öffentlich Bedienstete | 43%                 |
| Matura          | 40%                 | Selbständige           | 40%                 |
| Mittlere Schule | 32%                 | Angestellte            | 34%                 |
| Lehre           | 28%                 | Arbeiter:innen         | 30%                 |
| Pflichtschule   | 30%                 | arbeitslose Menschen   | 27%                 |

Anm.: Zeilenweise lesen; Demokratie Monitor 2022.

## **Was steckt hinter dem geringen Vertrauen in das politische System?**

In Zeiten multipler Krisen sind auch die Erklärungsansätze für das sinkende Systemvertrauen vielschichtig und Teil fortwährender Analysen. Der Demokratie Monitor greift an dieser Stelle jene auf, die mit dem subjektiven Erleben und der Sicht der Menschen auf das politische System zu tun haben<sup>3</sup>:

### ***Für das untere Drittel hält die Demokratie ihre zentralen Versprechen nicht***

Über die Erhebungsjahre hinweg berichtet das untere Drittel von Erfahrungen im politischen System, die mit den demokratischen Versprechen der Gleichheit und Mitbestimmung kollidieren. Das Systemvertrauen in dieser Gruppe fällt v.a. deshalb so gering aus, weil die überwiegende Mehrzahl der Menschen kontinuierlich erlebt, von der Politik als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden (73%), im Parlament nicht vertreten zu sein (68%) und mit politischer Beteiligung keinen Unterschied machen zu können (60%).

### ***Die Mitte stellt sich die Frage, ob das politische System noch ein Gemeingut oder eher ein Selbstbedienungsladen ist***

Auch in der Mitte der Gesellschaft sind politische Gleichheit und Mitbestimmung Thema. Im Gegensatz zum unteren Drittel geht es jedoch nicht um das Erleben von Abwertung und Ausschluss. Im Vordergrund steht vielmehr der zunehmende Eindruck, dass privilegierte Gruppen das politische System für ihre Eigeninteressen nutzen. Im mittleren Drittel sinkt das Systemvertrauen also u.a. deshalb, weil die überwiegende Mehrzahl der Menschen davon ausgeht, dass „sich die gut Situierten untereinander ausmachen, was im Land passieren soll“ (78%).

### ***Das obere Drittel hadert stärker als die anderen mit dem Staat und der Freiheit***

In der Auseinandersetzung mit dem politischen System taucht im oberen Drittel ein weiteres zentrales demokratisches Prinzip auf: die Freiheit bzw. deren Einschränkung. Staatliche Eingriffe in die individuelle Lebensführung sind für das untere Drittel alltäglich, in der Mitte und im oberen Drittel wurden sie im Zuge der Pandemie spürbar. Bei den Menschen im oberen Drittel hat dies Auswirkungen: Ihr Systemvertrauen sinkt u.a. deshalb, weil sie sich vom Staat stärker bevormundet fühlen (49%).

---

<sup>3</sup> Diesem Teil der Ergebnisse liegen berechnete Regressionsmodelle zugrunde. Beschrieben sind die jeweils stärksten sign. Effekte auf die Frage nach der Zufriedenheit mit dem System.

**Alle im selben Boot? Auch die ökonomischen Folgen der Krisen schwächen das Vertrauen in das politische System**

Wird die ökonomische Sicherheit der Menschen erschüttert oder verschärft sich eine bereits bestehende prekäre Situation, geht dies am Systemvertrauen nicht spurlos vorüber: Hat sich die finanzielle Lage seit Beginn der Pandemie verschlechtert, fällt auch das Vertrauen in das politische System geringer aus. Dies gilt unabhängig von der finanziellen Ausgangssituation, jedoch sind das untere und mittlere Drittel wesentlich häufiger von einer solchen Verschlechterung betroffen als das obere Drittel:

**„Hat sich die finanzielle Situation Ihres Haushalts seit Beginn der Pandemie verbessert, verschlechtert, oder ist sie gleich geblieben?“**

|                   | <b>verschlechtert</b> |
|-------------------|-----------------------|
| oberes Drittel    | 20%                   |
| mittleres Drittel | 51%                   |
| unteres Drittel   | 73%                   |

Anm.: Demokratie Monitor 2022.

Im Gegensatz dazu sind die Auswirkungen der Inflation auf das Systemvertrauen mit der finanziellen Ausgangssituation verknüpft: Im unteren Drittel schwächt der Umstand, dass sich die Mehrzahl der Menschen aufgrund der Preissteigerungen bereits jetzt stark einschränken muss, das Vertrauen in das politische System. In der Mitte steht die unsichere Zukunft im Vordergrund: Die Erwartung, sich in den kommenden Monaten stark einschränken zu müssen, schwächt das Systemvertrauen. Im oberen Drittel gibt es derzeit keinen Zusammenhang zwischen den ökonomischen Folgen der Inflation und dem Vertrauen in das politische System.

**„Derzeit wird vieles teurer. Müssen Sie sich deswegen im Alltag stark, etwas oder gar nicht einschränken?“ (dargestellt: stark)**

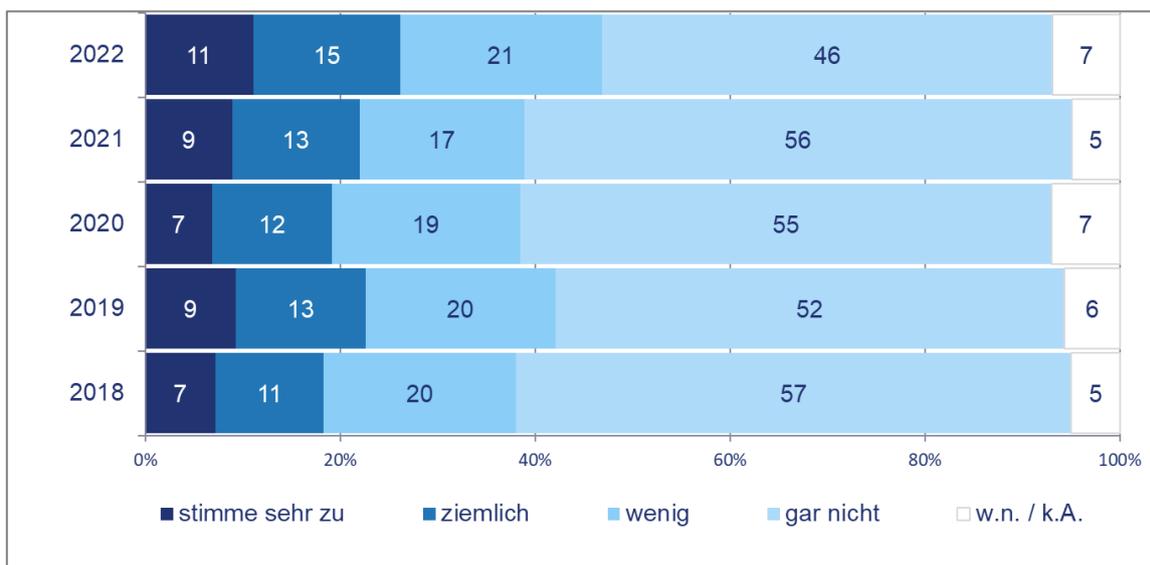
|                   | <b>stark</b> | <b>etwas</b> | <b>gar nicht</b> |
|-------------------|--------------|--------------|------------------|
| oberes Drittel    | 8%           | 51%          | 40%              |
| mittleres Drittel | 18%          | 72%          | 9%               |
| unteres Drittel   | 56%          | 31%          | 1%               |

Anm.: Zeilenweise lesen, Rest auf 100% = w.n./k.A.; Demokratie Monitor 2022.

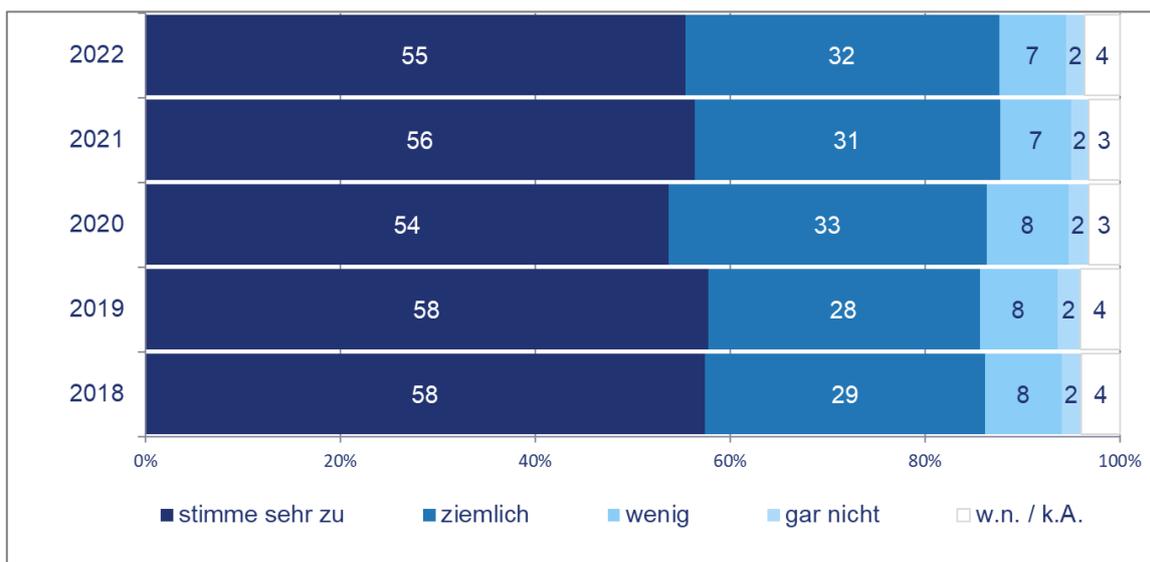
## Verliert die Demokratie selbst an Legitimität?

Diese Frage ist zentraler Teil der weiterführenden Analysen des Demokratie Monitor. Im Rahmen der vorliegenden ersten Ergebnisse sticht hervor: Die klassische Frage nach dem „starken Führer“ wird erstmals seit Erhebungsbeginn 2018 nicht mehr mehrheitlich abgelehnt – derzeit stimmen 46% gar nicht zu, vor einem Jahr waren es noch 56%. Gleichzeitig hat jedoch die Demokratie nicht an Zustimmung verloren: Über die fünf Erhebungsjahre hinweg denken jeweils knapp neun von zehn Menschen, dass sie – trotz mancher Probleme – die beste Staatsform ist.

**„Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“**



**„Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“**



Nach wie vor konstant bleibt mit rund 5% auch der Anteil jener, die sich eindeutig für eine Diktatur aussprechen und die Demokratie zur Gänze ablehnen (Autokrat:innen). Am anderen Ende des Spektrums stellen die Demokrat:innen mit 57% nach wie vor die Mehrheit, ihr Anteil ist in den vergangenen zwei Jahren jedoch rückläufig (minus sechs Prozentpunkte im Vergleich zu 2020).

Zwischen den beiden Polen der Autokrat:innen und Demokrat:innen ist in den vergangenen zwei Jahren der Anteil mit autoritären Demokratievorstellungen angestiegen (auf 37%, plus fünf Prozentpunkte im Vergleich zu 2020). Auch hier sind zwei Gruppen zu unterscheiden: Der größere Teil (22% der Bevölkerung) vertritt klassisch autoritäre Haltungen wie die Hinwendung zu einer Führerfigur oder Law & Order, ohne jedoch die Demokratie abzulehnen.

Der kleinere Teil (15% Bevölkerung) kommt aus einer gänzlich anderen Richtung und kann am ehesten mit dem von Oliver Nachtwey und Carolin Amlinger<sup>4</sup> geprägten Begriff des libertären Autoritarismus beschrieben werden: Hier steht Freiheit im Sinne der eigenen Autonomie im Vordergrund. Ein politisches Verständnis von Freiheit – das individuelle Recht eingebettet in die Gesellschaft und ihre Institutionen – fehlt. Diese Gruppe lehnt staatliche Eingriffe in ihre individuellen Handlungsspielräume ab und spricht sich u.a. auch geschlossen für einen Abbau des Sozialstaates aus.

---

<sup>4</sup> Nachtwey, Oliver / Amlinger, Carolin (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin: Suhrkamp.

## **Datengrundlage Demokratie Monitor 2022**

### **Repräsentative Befragung**

*Grundgesamtheit:* Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich

*Erhebungsmethode:* Telefon- (CATI<sup>5</sup>) & Online-Interviews (CAWI<sup>6</sup>)  
durchgeführt von Jaksch & Partner OG, Linz

*Stichprobenziehung:* CATI: Zufallsstichprobe auf Basis des öffentlichen Telefonbuchs  
und mittels RLD<sup>7</sup>-Verfahren generierter Telefonnummern  
CAWI: Ziehung aus dem Access-Panel

*Stichprobe:* n=2.164 Befragte

*Erhebungszeitraum:* 7. September bis 21. Oktober 2022

*Schwankungsbreite:* bei n=2.164 max. +/- 2,1%

*Gewichtung:* Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus,  
Urbanisierungsgrad

### **Warum ein Demokratie Monitor?**

Der Demokratie Monitor wurde 2018 von SORA ins Leben gerufen und wird seitdem einmal pro Jahr erhoben. Er gibt Auskunft darüber, wie die Menschen zur Demokratie im Allgemeinen und zum politischen System in Österreich stehen. Neben der jährlichen Bestandsaufnahme berichtet der Monitor außerdem über Veränderungen im Zeitverlauf.

### **Kontakt und Rückfragen**

Martina Zandonella

Mail: [mz@sora.at](mailto:mz@sora.at)

Tel: 01 / 585 33 44 44

---

<sup>5</sup> Computer Assisted Telephone Interview

<sup>6</sup> Computer Assisted Web Interview

<sup>7</sup> Randomized Last Digit – zufällige letzte Ziffer

## ***Eine breite Plattform für die Demokratie***

Der Demokratie Monitor wird von zahlreichen Institutionen und Unterstützer:innen getragen, denen unser Dank gilt:

- Deloitte Österreich
- Karl-Renner-Institut
- GW Cosmetics GmbH
- Initiative Neues Lernen der Köck Privatstiftung
- Merkur Taxaid Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH
- NEOS Lab
- Pädagogische Hochschule Wien & Arbeiterkammer Wien
- Österreichischer Gewerkschaftsbund ÖGB
- Österreichischer Städtebund
- CENTURION Wirtschaftsprüfungs- & Steuerberatungs GmbH
- RD Foundation Vienna
- Trainconsulting GmbH
- Zukunftsfonds der Republik Österreich

Wir danken außerdem unseren Kooperationspartner:innen:

- Österreichisches Parlament
- ORF

Begleitet wird der Demokratie Monitor von

- der Veranstaltungsreihe „DEMOKRATIE!“ in Kooperation mit Wiener Zeitung und Haus der Geschichte Österreichs<sup>8</sup>
- sowie dem „Österreichischen Demokratietag“ in Kooperation mit Wiener Zeitung und Central European University Vienna.

---

<sup>8</sup> Siehe auch das Projekt „100 Jahre Wahlverhalten“ unter <https://www.hdgoe.at/wahlen/>.